

# Zeitung Wand

Die Zeitung von unten!

Kölner

Dezember 1984 21

Flugblätter und Plakate werden bevorzugt abgedruckt! Diese Zeitung wird in Köln an die Wände geklebt und ist an einigen Stellen (SSK) für 50Pfg zu kaufen. Wer uns unterstützen will, kann uns beim Kleben und Verbreiten helfen und/oder ein Förderabonnement bestellen. Jahrespreis ab 50,- DM. Damit wird ein Teil der Druckkosten finanziert. Wer wenig Geld hat erhält es für 25 Mark.

Die Kölner Wandzeitung berichtet regelmäßig über Aktionen gegen Kölner Klüngel, Verschwendung, Schiebereien, Spekulationsgeschäfte, Unterdrückung, Beamtenwillkür auf Kosten des kleinen Volkes.

Herausgeber  
SSK e.V. Liebigstr. 25, 5 Köln 30  
Druck: Betrieb  
Merkenicher Str. 99, 5 Köln 60

Verantwortlich:  
K. Kaecke,  
K. Breidenbach

Über die Presse und einzelne Mieter haben wir von der Porzer Selbsthilfe gegen Wohnungsnot/SSK von den geplanten „Modernisierungsmaßnahmen“ der GeWog gehört. Der SSK hat schon seit langen Jahren mit „Wohnraumproblemen“ - Wohnungsnot - zu tun. In unserem Kampf dagegen haben wir vielfach am eigenen Leib erfahren, wie hier in Köln oder anderswo billiger und guter Wohnraum zweckentfremdet, modernisiert, abgerissen oder luxusmodernisiert wurde. Und immer wieder mußten wir erfahren, wie dabei mit Gleichgültigkeit und Brutalität über diejenigen hinweggegangen wird, für die an diesem bezahl-

barem und angestammten Wohnraum die Existenz hing.

Wir waren daher auf der (zweiten) Mieterversammlung und unsere Befürchtungen, daß hier in näherer oder ferner Zukunft einer der letzten billigen Siedlungen verschwunden, - umgewandelt in teuren Wohnraum - sein wird, sind seither nicht kleiner geworden.

Wir haben deshalb beschlossen, im folgenden einmal unsere Erfahrungen mit solcherlei „Maßnahmen“ aufzuschreiben, auf uns wichtig erscheinende Punkte hinzuweisen und auch unsere Hilfe anzubieten:

ist Humbug! Die GeWog ist ein Unternehmen, das wirtschaftlich arbeitet! Komplizierte Einzelfallösungen sind unerwünscht!

Nach dem BGB muß der Mieter die Modernisierung erst einmal dulden, bei Klagen können Einzelne dann im Falle der Niederlage mit Schadensersatzansprüchen bedroht werden. Der Einzelne hat da gar keine Chance, wenn ihm das nötige Geld für einen Anwalt fehlt, schon gar nicht. Und die GeWog weiß das ganz genau: Deshalb hat sie ihre Maßnahmen ja auch erst einmal „nur in 3 Strassen“ angekündigt, deshalb verbreitet sie ja auch das Gerücht: Wer nicht will, der braucht die Modernisierung nicht zuzulassen.

Ein solcher Fragebogen gehört in den Papierkorb

Die geplante GeWog-Modernisierung wird die jetzigen Bewohner in verschiedene Gruppen aufspalten. Die „Ärmsten“ müssen gleich nach der Modernisierung verschwinden. Die

etwas „besser gestellten“ können sich noch ein paar Jahre bei steigender Miete durchhalten und die Großverdiener werden hier bleiben können.

Dagegen müssen sich alle wehren, wenn sie noch einen Kern vom sozialen Gewissen haben!!

Deshalb darf auch keiner diesen Fragebogen ausfüllen, es kann auch niemand dazu gezwungen werden!!

Stattdessen muß gefragt werden, wer überhaupt mehr Miete zahlen kann, wenn ja, wieviel. Danach kann man erst planen und z.B. überlegen, wie denen geholfen werden kann, die kein Geld übrig haben, z.B. Nachbarschaftshilfe. Es gibt nämlich auch sogenannte Mietermodernisierung, die ebenfalls durch den Staat gefördert wird. Dabei braucht die GeWog nur ihre Zustimmung zu geben und der Mieter entscheidet selbst, wie er seine Wohnung verbessern will. Mit gegensei-

## GEWOG spekuliert auf neue Mieter

Auf der Mieterversammlung sind unserer Meinung nach ganz wesentliche Dinge - nicht zuletzt durch das Abblocken vom Podium - nicht klar genug angesprochen worden. Wir glauben, daß man viel massiver als vom Podium vorgeschlagen gegen die GeWog vorgehen muß, wenn man sich tatsächlich gegen die geplanten Modernisierungsmaßnahmen bzw. deren Folgen wirkungsvoll zur Wehr setzen will. Denn die Wahrheit ist, daß sich solche Modernisierungen so gut wie nie an den Interessen der ärmeren Mieter ausrichten und bisher gibt es auch in diesem Falle keine Anzeichen für eine rühmliche Ausnahme: Deshalb ist hier - auch wenn die GeWog-Wohnungen ja tatsächlich in einem renovierungsbedürftigen Zustand sind - hier äußerste Vorsicht geboten. Modernisierung heißt immer, daß der Wohnstandard heraufgesetzt wird. Wenn der Standard besser wird, dann geht es aber auch darum, wer ihn bezahlt und wenn es die jetzigen Mieter nicht können - wovon nach den vorläufig „kalkulierten“ Kosten aber auszugehen ist -, dann sollen es andere tun. Dann geht es aber auch darum, daß in diesen Modernisierungsplänen der Anfang einer Vertreibung der alteingesessenen Porzer zu sehen ist.

Und darum geht das ganze SPIEL:

Geschickt aufgemacht läßt die GeWog ihren Mietern einen Fragebogen ins Haus flattern, auf dem das Kreuz gegen die von der GeWog vorgesehene „Intensivmodernisierung“ aber gar nicht vorgesehen ist. Und wer den Fragebogen in dem Glauben beantwortet, er sei harmlos, wird spätestens, wenn die Bauarbeiter vor der Tür stehen, schon merken, daß er damit seine rechtlich verbindliche Zustimmung zur Modernisierung gegeben hat. Daran wird er auch nichts ändern, daß die GeWog hier die teuerste - seine sogenannte Intensivmodernisierung - durchführen will, weil es dafür die fettsten Zuschüsse vom Land, nämlich 40 % gibt. Daß die übrigen - natürlich auch teuren 60 % auch von den ärmsten Mietern aufgebracht werden müßten, wird bei allem Stillschweigen unterschlagen. Und kaum einer von den heutigen Mietern weiß, ob er danach noch in den Häusern wohnen wird.

Und wer weiß, vielleicht macht dann die GeWog dann nette kleine Eigentumswohnungen aus ihnen?

Denn das haben die Satten, die, die nicht von kleinen Renten leben müssen, nicht malochen gehen müssen für ihr Geld, auch begriffen:

Das man sich nach solchen Häusern, wie in dieser Siedlung, bald die Finger lecken kann, weil es sich in ihren sterilen und „totschicken“ Bauherrenmodellen oder in ihren Trabantenstädten nicht sonderlich gut leben läßt und das bischen Grün vor der Haustüren der Eiler Siedlung bald zu den Raritäten unseres Landes gehört.

Und so macht man es sich noch ein bißchen schicker, moderner, komfortabler und zum Schluß sitzen sie dort: Die Satten, die Spitzenverdiener etc. - nur armes Volk nicht mehr.

Das ist unserer Meinung nach die Wahrheit. Jedenfalls gibt es dafür eine Menge gute Gründe, die die GeWog selber liefert:

Der zweilichtige Charakter des Fragebogens, die kurze Zeit, in der er bearbeitet werden soll, die Höhe der zu erwartenden Mieten, die rechtlich unzulässige Pauschalberechnung der Kosten für die einzelnen Maßnahmen und nicht zuletzt der WIDERSPRUCH:

Wenn die GeWOG 30 Jahre lang ihre Häuser vergammeln lassen konnte, warum sollten sie dann ausgerechnet mit dieser Modernisierung soziale Grundsätze verfolgen?

Rechtlich ist da nichts zu machen

Nach § 541 b) BGB heißt es:

(1) Maßnahmen zur Verbesserung der gemieteten Räume... oder zur Einsparung von Heizenergie hat der Mieter zu dulden.

Der Paragraph räumt zwar ein, daß u.a. geprüft werden muß, ob „die zu erwartende Höhe des Mietzins für den Mieter oder seiner Familie eine unzumutbare Härte bedeutet“, aber gleich ein Stückchen weiter findet sich auch: „die zu erwartende Höhe des Mietzins ist nicht zu berücksichtigen, wenn die gemieteten Räume in einen Zustand versetzt werden, wie er allgemein üblich ist.“

Rein juristisch sieht die Sache also nicht besonders vielversprechend aus, zumindest, was die Frage der Mieterhöhung betrifft.

Einer für alle, Alle für einen

Da die rechtlichen Möglichkeiten so gering sind, ist vor allem eines wichtig: Daß man sich gemeinsam wehrt, daß sich alle Mieter - auch die bisher nicht betroffenen - zusammensetzen um festzustellen, wo und wie weit sich die GeWog bei einzelnen Mietern/Straßenzügen schon vorgewagt hat.

Denn das, was überall erzählt wird, von der GeWog, vom Wohnungsamt oder auch vom Podium der Mieterversammlung, nämlich, daß Einzelne die Modernisierung nicht zulassen,

## Helft Frau Kühlem!

Spekulanten versuchen, eine Familie fertig zu machen...

Seit 13 Jahren ist der Imbiß von Frau Kühlem an der Ecke Von-Sparr-Str. - Hacketäuer-Str. in Mülheim ein Begriff: hier bekommt man nicht nur kräftiges Essen zu günstigen Preisen, 'et Kätt', wie die Leute aus dem Veedel Frau Kühlem liebevoll nennen, hilft auch mit Rat und Tat, wenn einer in Not ist.

Jetzt kann sie selber Hilfe brauchen, denn die neuen Hauseigentümer Metzgermeister Peters und Metzgermeister Kuschmierz aus der Herler Str. in Buchheim wollen die ganze Familie samt ihrem Imbiß im Januar auf die Straße setzen. Der Grund: Familie Kühlem konnte und wollte eine mit nichts gerechtfertigte Mieterhöhung von 700.- auf 2.500.- DM nicht anerkennen. Weil Frau Kühlem und andere Mieter nicht freiwillig verschwinden wollten

- ließen die Spekulanten das Haus verrotten (das Regenwasser lief die Treppe runter, Müll sammelte sich im Flur)
- setzten sie obdachlose und alkoholabhängige Männer in die freigewordenen Wohnungen (Blut und Urin im Treppenhaus)
- ließen sie Dreck und Ungeziefer in diesen Wohnungen sich ausbreiten
- verleumdete sie öffentlich Frau Kühlem, um den Ruf ihrer Imbißstube kaputtzumachen und lasteten ihr in der Öffentlichkeit den Dreck im Hause an.

Was wir hier über die Methoden der Spekulanten Kuschmierz und Peters sagen, ist nicht aus der Luft gegriffen. Es handelt sich vielmehr um Tatsachen, die gerichtlich festgestellt sind und deren Verbreitung dem SSK vom Landgericht Köln ausdrücklich genehmigt worden ist. Laut Urteil darf man Kuschmierz und Peters jetzt ungestraft als Miethäie bezeichnen, sie mit Kaufen vergleichen und ihnen Spekulantenmanieren vorwerfen.

... und Sanierungsbeamte helfen ihnen dabei!

Jeder hat geglaubt, daß sie Stadt Köln diesen miesen Geschäftemachern deshalb das Handwerk legen und dafür Sorgen wird, daß Frau Kühlem und andere Mieter bleiben können. Aber weit gefehlt! Die Stadt macht überhaupt nichts gegen die Spekulanten! Was im Januar nach der Räumung aus der Fan wird, ist den Beamten im Sanierungsamt scheißegal! Noch nicht einmal Räume für einen anderen Imbiß haben sie ihr angeboten, obwohl sie doch immer so groß getönt haben, daß niemand aus Mülheim vertrieben werden soll.

Stattdessen kriegen die Spekulanten jetzt Hunderttausende von der Stadt, um das leergeräumte Haus mit unseren Steuergroschen schick herzurichten, um dann das dicke Geld zu machen.

Alle Proteste waren vergebens. Als die Bezirksvertretung auf Antrag der Grünen über den Fall Kühlem diskutierte, lehnten die Vertreter von SPD und CDU jede Hilfe für die Familie ab. Bezirksvertreter Scherer von der CDU sprach offen aus, was die anderen denken: 'wo kämen wir hin, wenn wir jedem helfen wollten!'

Das ist offensichtlich auch die Meinung von Sanierungschef Pankoke und Sozialchef Kohlenbach. Von diesen hohen Beamten der Stadtverwaltung hat der kleine Mann im Viertel keine Hilfe zu erwarten.

Deshalb wenden wir uns jetzt an SIE!

Lassen Sie die Familie Kühlem nicht hängen!

Lassen Sie sich von Verleumdungen und Gemeinheiten nicht irre machen!

Protestieren Sie bei Fraktionschef Trappe von der SPD, Tel. 63 57 05

oder Fraktionschef Scherer von der CDU, Tel. 68 30 41

gegen die Gleichgültigkeit der Parteien gegenüber dem Schicksal einer bedrohten Familie.

Helfen Sie uns, neue Räume zu finden, wo Familie Kühlem nach einer Zwangsäumung eine neue Existenz finden kann. Hinweise erbeten an Frau Kühlem, Tel. 61 86 73 oder an den SSK, Tel. 62 50 52

tiger Hilfe können alle besser wohnen und müßten nicht über die Miete dafür blechen. Gerade für eine Genossenschaft wäre dies doch der richtigere, angemessene und der anständigere Weg. Besonders bei Mitgliedern und Mietern, die seit 30 Jahren je bewiesen haben, daß sie sich selbst um ihre Wohnungen kümmern und der Genossenschaft soviel Geld eingespart haben, so daß die fetten Aufsichtsratsmitgliedern nicht angetastet werden müßten.

### Informieren, sich zusammentun, dann handeln

Um überhaupt mit dieser schwierigen Situation fertig zu werden, sollten Sie sich zusammentun und gemeinsam handeln, sich auf keinen Fall spalten lassen. Beschlüsse nicht voreilig und im Alleingang treffen. Alleine können Sie sich nicht gegen die „Tricks“ der GeWog zur Wehr setzen. Mit „Vielen“ können Sie sich sogar einen Anwalt, der sich mit Gesetzen, besonders bei Gummiparagraphen, auskennt, leisten. Füllen Sie den Fragebogen nicht aus, fordern Sie ein ehrliches Angebot.

Wenn Sie Fragen haben oder Hilfe brauchen, können Sie sich an uns wenden. Wir haben uns auch gegen ähnliche Baugesellschaften zur Wehr gesetzt. Wir kennen Anwälte, Rechtsberatungsstellen und der SSK hat im Laufe der Jahre auch seine Erfahrung gesammelt.

Wir sind am Ensener Weg 64-68, 5000 Köln 90, Tel. 820-12880 zu erreichen.

V.i.S.d.P.: Loos, Kaecke, Trepisor, Gawlikowski  
5 Köln 90, Ensener Weg 64-68

## Wir brauchen Aufträge

Kleintransporte, -Umzüge, Entwürfelungen, Entschuttungen, Gelegenheitsarbeiten in Haus und Garten. In unseren Lagern verkaufen wir Gebrauchtmöbel.

SSK - Köln 1  
Saliering 37, Tel. 213175

SSK - Ehrenfeld  
Liebigstraße 25, Tel. 556189

SSK - Mülheim  
Düsseldorferstr.74, Tel. 625052

Porzer Selbsthilfe (Lager Kaiserstr.88)  
Ensener Weg 64-68, Tel.820/12880

SSK - Bensberg  
Hasselstraße 1, Tel. 02204/68632

SSK - Waldbröl  
Hermesdorf, Tel. 02291/1308

## Kölner Schlittenfahrt - Teil II Ein Wintermärchen mit Heinz-Ludger Uhlenküken: Der Abrißneurotiker

Es gibt in Köln einen Mann, der viel Macht auf sich vereinigt. Er ist kein Kaußen, Rüger oder Gerling, kein Gesellschafter eines großen Unternehmens noch ist er einer von den Wortschaftsbossen. Er arbeitet im Verborgenen und viele, die mit ihm zu tun haben, kennen nicht sein 2. Gesicht: Es ist der Stadtdirektor Uhlenküken, zweiter Chef der Stadtverwaltung!

Wie dieser Mann rücksichtslos hilfsbedürftige Familien mit Kindern in Not, Elend und Verzweiflung stürzt....

das werden wir im Folgenden an der Räumung des besetzten Hauses Niehlerstr. 105 beschreiben:

Dieser anscheinend unantastbare und selbstherrliche Stadtdirektor hält es für sein Lebenswerk, die Niehler Straße zu einer schönen Allee mit Bäumen zu einer Wohngegend für bessere Leute zu machen. Dafür machte er sich einen längst überflüssigen und irrsinnigen Fluchtlinienplan von 1932 zu eigen. Nach diesem Plan sollte die Niehler Straße um bis zu 14 m für einen Straßenausbau verbreitert werden. Dieser Plan mußte sodann für den Abriß von mittlerweile 41 gut erhaltenen, billigen Wohnhäusern herhalten. 800 Bewohner wurden bis jetzt aus ihren Wohnungen vertrieben. Ihre Schicksale sind in den grauen Vorstädten wie Chorweiler zu finden oder endeten in irgendwelchen Abschiebeeinrichtungen.

Die letzten Familien ließ Uhlenküken am 29.6.1983 mit einem kriegsähnlichen Polizeiaufgebot auf brutale Art und Weise aus dem besetzten Haus Niehler Straße 105 räumen. Dabei war es diesem feinen Herrn egal, daß der Regierungspräsident als kommunale Aufsichtsbehörde es ihm seit März 83 untersagt hatte, weitere Abrisse oder deren vorbereitende Maßnahmen zu unternehmen. Dieser hatte nämlich durch eine rechtsverbindliche Verfügung solche Maßnahmen untersagt, weil er selbst die Rechtmäßigkeit der weiteren Abrisse überprüfen wollte. Ihm waren begründete Zweifel gekommen, denn ihm erschien es ebenfalls unsinnig, daß ein längst hinfalliger Plan von 1932 durchgedrückt werden sollte und 83 wurde die kommunalaufsichtliche Überprüfung sogar noch ausgeweitet, weil dem Rgeierungspräsidenten massive Hinweise bekannt geworden waren, daß in Amt und Würden sitzende Volksvertreter Grundstücke zugesprochen werden sollten. Diese Überprüfung wurde zum Anlaß für Stadtdirektor Uhlenküken, durch einen Terrorakt gegen den SSK, der dies alles ans Licht der Öffentlichkeit gezerrt hatte und gegen die Bewohner vorzugehen. Eiskalt übergang er dabei auch Zusagen anderer städtischer Behörden gegenüber den Bewohnern des Hauses Niehler Str. 105, das Haus nicht gewaltsam räumen zu lassen. Das Wohnungsamt hatte nämlich den Bewohnern zu gesichert, Ersatzwohnraum zur Ver-

fügung zu stellen. Für 2 der 3 ausländischen Familien mit Kleinkindern war der Auszug für Anfang Juli mit den städtischen Behörden abgesprochen.

Doch in seiner Eigenmacht setzte sich der Stadtdirektor über diese Zusagen ebenfalls hinweg in der Furcht, daß die üblen Mächenschaften und Grundstücksverschiebungen aufgedeckt würden. Auf seine Veranlassung hin ließ er am 29.6.1983 mit einem riesigen Polizeiaufgebot das Haus Niehler Str. 105 räumen. Gegen morgens 10.00 Uhr wurde die Niehler Straße in diesem Bereich abgesperrt, umliegende Telefonzellen von Polizeibeamten besetzt, damit der SSK nicht informiert werden konnte. Die Räumung selbst wurde ohne jegliche Vorwarnung durchgeführt, in einer Art und Weise, die geradezu darauf abgeleitet war, Schockerlebnisse, Nervenzusammenvrücke und andere Gesundheitsschäden hervorzurufen. Polizeibeamte drangen brutal in die Wohnungen der ausländischen Familien ein und forderten sie auf, ihr Hab und Gut schleunigst zusammenzupacken und in die bereitgestellten Möbelwagen zu bringen. Während sie immer wieder von der Polizei zur Eile gedrängt wurden, begann ein Abrißunternehmen bereits mit dem Abriß des angrenzenden Nachbarhauses. Möbelstücke mußten auf Anweisung der Beamten mit der Drohung, die Abrißbirne würde auch bald das Haus Niehler Str. 105 zerstören, zurückgelassen werden. Familienmitglieder, die zur Arbeit waren oder zur Schule gingen, blieben unbenachrichtigt. Sie mußten nachmittags in tiefem Schock erleben, daß ihre Familien verschwunden waren und ihr Haus zu einem Trümmerhaufen gemacht worden war. Diese martialische und gewalttätige Vorgehensweise war eindeutig darauf abgestellt, Angst und Schrecken zu verbreiten.

Dabei wurden die wehrlosen und völlig friedlichen Bewohner samt ihrer Kinder grausam gequält, ihre Grundrechte und Würde wurde niederträchtig mit Füßen getreten. Bei einem 8jährigen Kind einer Familie waren noch Monate nach dem Terrorakt schwere seelische Schäden und Störungen festzustellen. Die Mutter berichtete immer wieder über brutale Albträume und Angstzustände ihres Kindes. Monatelang klagte es über Magenbeschwerden und Schlafstörungen. Andere Familienangehörige konnten monatelang nicht über diese unmenschliche und erniedrigende Räumung reden. Sie rief immer wieder Weinkrämpfe und Schockerlebnisse hervor.

Dies alles ordnete Uhlenküken kaltschnäuzig, rechts- und sittenwidrig seinem Abrißwahn unter. Die Zerstörung von billigem Wohnraum zum Zwecke der Geschäftemacherei ist alles, die Würde von hilfsbedürftigen Familien mit Kindern ist nichts!

In der nächsten Wandzeitung werden wir Betroffene zu Wort kommen lassen.

v.i.S.d.P. Breidenbach/Kaecke, Saliering 37, 5 K. 1

## Endstation Merheim

Angeblich soll in den LKH's (Landeskrankenhäusern) „kranken“ Menschen, also Menschen, die in unserer „kranken“ Gesellschaft nicht mehr zurecht kommen, geholfen werden.

Aber wie sieht denn diese Hilfe in der Realität aus ??? !!!

Wir machen immer wieder die Erfahrung, daß gerade auch in Merheim die einzige Therapie, die läuft, in dem Verabreichen von Psychopharmaka besteht. Über einen langen Zeitraum und in sehr hohen Dosen werden diese Wundermittel verabreicht, notfalls zwangsweise mit Fixierung. Die Ruhigstellung der Menschen, oft genug sind sie regelrecht lahmgelegt, ist nicht die einzigste Wirkung der Medikamente, andere Nebenwirkungen führen zu erheblichen körperlichen Schäden.

Als ein Beispiel ist die 21jährige P.S. zu nennen, die auf Station 12 seit Mai unter den Auswirkungen der Medikation bis zur Höchstdosis zu leiden hat.

„Können Sie denn nicht einmal mit den Ärzten reden?“ fragte sie uns. Frau P.S. kann kaum noch sprechen, zittert am ganzen noch sprechenden, noch sprechenden, zittert am ganzen Leib. Sie leidet unter starkem Speichelfluß, einer Milchdrüsenproduktion und das Sitzen oder Gehen gelingt nur unter größten Mühen. Frau P.S. wehrte sich gegen die Medikamente und wurde ebenfalls fixiert und zwangsweise abgespritzt.

Wir sprachen mit Dr. Spürzem von der Station 12, der zwar selber meinte, daß Medikamente alleine zu wenig wäre, konnte sich für Frau P.S. nichts Besseres vorstellen und hielt die oben genannten erheblichen

Störungen für die Teile ihres Krankheitsbildes!

Obwohl bekannt ist, daß die Frau P.S. verabreichten Unmenge

Obwohl bekannt ist, daß die Frau P.S. verabreichten Unmengen von Medikamenten zu nicht wiedergutmachenden Dauerschäden führen, setzen die verantwortlichen Ärzte Dr. Pichko, Dr. Ebeling, Dr. Blother, Dr. Spürzem die persönlichkeitszerstörenden Medikamente nicht ab.

WIR WOLLEN NICHT WARTEN, BIS WIEDER EINMAL EIN MENSCH IN DER PSYCHIATRIE ZUGRUNDE GEHT!!!

Deshalb stellen wir bei der Staatsanwaltschaft einen Strafantrag auf Verdacht der schweren Körperverletzung gegen die behandelnden Ärzte der Rheinischen Landesambulanz.

WIR FORDERN:

- Absetzung der Medikamente bei Frau P.S. und ihre Freilassung
- Aufhören mit den systematischen Vergiftungen und Vernichtungen
- Abschaffung der menschlichen En(d)t-sorgungsanstalten.

Jeder kann sich an uns wenden, Patienten, Angehörige und Mitarbeiter im LKH. Jeden Freitag ab 16.00 Uhr in der Cafeteria LKH Merheim.

SSK-Beschwerdezentrum, Liebigstr. 25,  
5 Köln 30, Tel. 55 61 89, Mo - Fr.  
9.00 - 22.00 Sa-So 12.00 - 22.00

v.i.S.d.P. R. Haas, M. Huppertz, Saliering 41,

## ABTSHOF

WIE DER LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND IN SEINEM MUSTERHEIM SIGGI Z. DAS LEBEN ZUR HÖLLE MACHT

Der 15-jährige Sigg Z. lebt nicht etwa in einer Justizvollzugsanstalt, sondern in einem Heim der öffentlichen Erziehung, dem Rheinischen Landesjugendheim Abtshof in Hennef/Sieg. Der Landschaftsverband Rheinland preist diese Einrichtung als eine seiner pädagogisch fortschrittlichsten an:

„Das Heim wurde 1966 fertiggestellt und zählt zu den neueren Einrichtungen seiner Art. Ausbildung zu anerkannten Berufen innerhalb des Heimes: Schlosser-berufe, Schreiner, Elektroinstallateur, Anstreicher und Gärtner, zusätzlich werden die Ausbildungsbetriebe für Industrie und Handwerk in Hennef und Umgebung in Anspruch genommen. Psychologische Beratung und Therapie, jugendpflegerische und sportliche Betreuung.“ (Aus einer Broschüre des Landschaftsverband Rheinland).

„Verhaltensauffällige“ Jugendliche sollen dort „gesellschaftsfähig“ gemacht werden. Wie Sigg Z. „verhaltensauffällig“ gemacht wurde, zeigt seine Geschichte:

Im Alter von 8 Jahren wurde er zwangsweise von seinen Pflegeeltern getrennt mit der Begründung, sie seien zu alt. Er wurde in verschiedene Heime gesteckt. Seine Erziehung bestand aus Vorschriften, Verboten und Einsperren. Ein Erzieher schreckte nicht einmal davor zurück, ihn zu schlagen. Als Sigg Z. sich gegen diese Art der Erziehung wehrte und abhaute, wurde er sogar als geisteskranker Jugendlicher ins Irrenhaus Bedburg-Hau abgeschoben. Dort wurde er mit „Psychopharmaka“ erzogen. Nachdem er erneut abgehauen war, zog er sich eine Hepatitis B (Gelbsucht) zu.

Der grausame Alltag des Siegfried Z.

Er lebt seit einem Jahr in einem Keller, wie in einer Isolierzelle. Durch Glasbausteine fällt ein wenig Licht in die Zelle, hinausschauen kann man jedoch nicht. Die Ausstattung besteht lediglich aus einem fest verankerten Stuhl, Tisch und Bett. Dreimal am Tag öffnet sich die Stahltür: Das Essen wird ihm vorgesetzt. Gelegentlich darf er auch mal raus oder wird für ein paar Stunden vor den Fernseher gesetzt. Würden Sie diese Unterbringung nicht auch als menschenunwürdig oder sogar als Folter ansehen?

Bereits vor einem Jahr forderten wir für ihn ein angemessenes Leben in einer Pflegefamilie. Die verantwortlichen Beamten des Landschaftsverbandes beließen es jedoch lediglich bei Hinhaltenungen und leeren Versprechungen. Mit der Begründung, er sei aufgrund seiner ansteckenden Gelbsucht für eine Pflegefamilie schwer vermittelbar, sind sie dafür verantwortlich, daß Sigg Z. unter diesen grausamen, menschenunwürdigsten und erniedrigsten Zuständen dahinvegetieren muß.

JETZT IST SCHLUSS

Weil wir es nicht mehr länger mit ansehen können, wie Sigg Z. systematisch zugrunde gerichtet und gebrochen wird, haben wir ihn heute aus diesen Klauen befreit. Wir fordern mit ihm zusammen von den Verantwortlichen des Landschaftsverbandes, daß er sofort in eine neue Pflegefamilie vermittelt wird.

Schafft endlich den Landschaftsverband ab